

DER AUFSTIEG CHINAS: REGIONALE UND GLOBALE MACHTVERSCHIEBUNGEN

Chinas rasante wirtschaftliche Entwicklung geht einher mit einer zunehmend aktiven Aussenpolitik und wachsender militärischer Macht. Sowohl in Ostasien als auch auf globaler Ebene zeichnen sich Machtverschiebungen zuungunsten des Westens ab. Ein grundlegender Wandel des von den USA geprägten internationalen Systems liegt jedoch nicht im Interesse Pekings. Befürchtungen bezüglich eines künftigen sino-amerikanischen Hegemonialkonflikts scheinen übertrieben.



Die Präsidenten Chinas, Russlands und der USA am APEC-Gipfel in Hanoi im November 2006 Jim Young/Reuters

Der erfolgreiche Test einer Anti-Satelliten-Rakete durch China im Januar 2007 hat weltweit Staunen und Unbehagen ausgelöst. Mit dem Abschuss eines veralteten Wettersatelliten demonstrierte die Führung in Peking, dass sie bei Bedarf die heute kritische Infrastruktur für Kommunikation und Aufklärung im All beeinträchtigen kann. Damit hat sie auch die Fähigkeit zu einem asymmetrischen Vorgehen gegen technologisch überlegene Streitkräfte angedeutet. Gleichzeitig hat sie die Verwundbarkeit des von den USA geplanten welt-raumgestützten Raketenabwehrsystems aufgezeigt und indirekt ihrer Forderung nach einem Vertrag über einen waffenfreien Weltraum Nachdruck verliehen.

Vor dem Hintergrund dieser Machtdemonstration hat die Diskussion über die strategischen Konsequenzen des Aufstiegs Chinas vor allem in den USA wieder an Intensität gewonnen. Auch wenn das Thema im Zuge des «Kriegs gegen den Terrorismus» vorübergehend in den Hintergrund gerückt ist, stellt der Machtzuwachs

Chinas eine der wichtigsten geopolitischen Entwicklungen des frühen 21. Jahrhunderts und für den Westen eine zentrale sicherheitspolitische Herausforderung dar.

Rasante militärische Modernisierung

Unbestritten ist, dass China zu einer wirtschaftlichen Grossmacht geworden ist. Nach mehr als zwei Jahrzehnten durchschnittlicher Wachstumsraten von gegen 10% ist die Volksrepublik heute die zweitgrösste Volkswirtschaft und die drittgrösste Handelsmacht. Obwohl der weltweit bevölkerungsreichste Staat (1,3 Mrd. Einwohner) mit enormen sozio-ökonomischen, ökologischen und demographischen Herausforderungen konfrontiert ist, zeichnet sich ein vorzeitiges Ende der rasanten Modernisierung bisher nicht ab.

Offensichtlich ist auch, dass China im Begriff ist, seine militärischen Mittel markant auszubauen. So sind die Verteidigungsausgaben gemäss offiziellen Angaben in den letzten zehn Jahren

inflationbereinigt um 300% gewachsen. Die Volksbefreiungsarmee wird von der weltgrössten Landstreitmacht in eine multifunktionale, mobile und kleinere Armee von derzeit etwa 2,3 Mio. Soldaten transformiert. Ein Schwerpunkt ist dabei die Modernisierung der Marine, die Chinas Fähigkeit zur – vorerst regionalen – Machtprojektion vergrössern soll. Zwar ist die militärische Reichweite Pekings noch bescheiden und sind die chinesischen Streitkräfte den USA nach wie vor weit unterlegen. Dennoch macht der umfassende Reformprozess deutlich, dass die Zeit chinesischer Selbstisolierung auch im politischen und strategischen Bereich der Vergangenheit angehört und die nationale Verteidigungsdoktrin zusehends entterritorialisiert wird.

Eine Status-quo-Macht?

Welche Intentionen aber verfolgt der erwachende Riese? China selbst postuliert das Paradigma der «friedlichen Entwicklung» und wird nicht müde, sich als verantwortungsbewusste Macht zu präsentieren. Warnende Stimmen weisen jedoch darauf hin, dass aufstrebende Mächte gemäss historischer Erfahrung meist den Status quo verändern wollen. Vor allem in den USA befürchten nicht wenige Experten eine zunehmend revisionistische Aussenpolitik Chinas und einen sino-amerikanischen Hegemonialkonflikt – dies umso mehr, als es bisher kaum Anzeichen dafür gibt, dass die wirtschaftliche Öffnung eine Demokratisierung der Volksrepublik nach sich ziehen wird.

Eine Analyse der strategischen Situation Chinas lässt den Schluss zu, dass dessen Aussenpolitik von zwei übergeordneten Zielen geleitet wird: der Bereitstellung günstiger Bedingungen für eine anhaltende

wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die Voraussetzung für die interne Stabilität und die Akzeptanz der kommunistischen Einparteienherrschaft ist; und dem Erlangen einer regional- und weltpolitischen Rolle, welche der chinesischen «Wiedergeburt» nach 150 Jahren «nationaler Erniedrigung» gerecht wird. Entsprechend lassen sich vier aussenpolitische Kerninteressen identifizieren. Erstens ist China angesichts seiner engen Verflechtung mit der Weltwirtschaft auf ein stabiles Umfeld angewiesen. Zweitens braucht es eine zuverlässige Versorgung mit Energieträgern und anderen natürlichen Ressourcen. Bereits heute ist das Land zweitgrößter Ölkonsument – bei einer prognostizierten Verdoppelung seines Ölverbrauchs noch vor 2020. Drittens strebt China nach einer Einschränkung amerikanischer Dominanz und einem Ausbau seines eigenen Einflusses. Gleichzeitig wird es sich, viertens, gegen eine allfällige US-Eindämmungsstrategie wappnen.

Angesichts dieser Interessenlage wird China das existierende internationale System kaum grundsätzlich in Frage stellen. Jedoch dürfte die Volksrepublik künftig vermehrt Positionen vertreten, die im Widerspruch zu westlicher Ordnungspolitik stehen. Allgemein ist zu erwarten, dass die durch Chinas Aufstieg bedingten Machtverschiebungen zwar beträchtliche Friktionen auslösen können, jedoch kaum in militärischen Konfrontationen resultieren werden.

Relativierte US-Ordnungsmacht in Ostasien

Am stärksten ist der Wandel von einer isolationistischen zu einer pro-aktiven Aussenpolitik Chinas in der ost- und zentralasiatischen Nachbarschaft spürbar. Die Volksrepublik rückt zusehends ins Zentrum Asiens und drängt Japan wieder in dessen vormalige Peripherieposition. So hat China seine bilateralen Beziehungen mit den südostasiatischen Staaten intensiviert und mit Russland, Indien und Pakistan Partnerschaften abgeschlossen. Auch die USA als derweil dominierende regionale Ordnungsmacht sind immer wieder Ziel chinesischer Charme-Offensiven, wobei Peking betont, stabilen sino-amerikanischen Beziehungen komme höchste Priorität innerhalb der chinesischen Aussenpolitik zu. Einzig die sino-japanischen Beziehungen bleiben angespannt, nicht zuletzt aufgrund Tokios Vergangenheit als asiatische Kolonialmacht.

Bemerkenswert ist, dass China seit ein paar Jahren auch den Aufbau regionaler multilateraler Strukturen aktiv fördert. Peking



China und seine Nachbarn

pfllegt rege Beziehungen zur *Association of Southeast Asian Nations* (eine Freihandelszone «ASEAN+1» ist für 2010 geplant) und nimmt am *ASEAN Regional Forum* wie auch der *Asia-Pacific Economic Cooperation* (APEC) teil. Darüber hinaus hat China die mit sicherheits- und handelspolitischen Fragen befasste *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO) initiiert, zu der neben Russland vier zentralasiatische Republiken gehören. Dieses multilaterale Engagement zeigt exemplarisch die Ambivalenz chinesischer Regionaldiplomatie auf. Peking ist bemüht, das Vertrauen seiner Nachbarn zu gewinnen und Handel zu fördern. Parallel strebt es aber auch den Ausbau seines Einflusses an, teilweise auf Kosten der USA. So hat die SCO Washington zu einem Abzug der Truppen aus Zentralasien aufgerufen. Zudem hat sie dem Iran, nicht aber den USA, den Beobachterstatus zugebilligt.

Chinas Nachbarn reagieren auf die Avancen aus Peking mit einer Mischung aus Anlehnung, eigener Integration (die ASEAN hat jüngst eine bemerkenswerte Vertiefung beschlossen) und einer verstärkten Rückversicherung bei den USA. Washingtons Antwort auf die chinesische Herausforderung fällt ähnlich vielschichtig aus. Neben einer Politik der Einbindung (*engagement*) mittels wirtschaftlicher Kooperation und politischem und militärischem Dialog setzen die USA auch auf Risikoabsicherung (*hedging*). Dazu gehört nicht nur die Verstärkung der Marine im Pazifik und der Ausbau der bilateralen Verteidigungsbeziehungen mit Japan, Südkorea sowie mehreren südostasiatischen Staaten, sondern auch eine strategische Kooperation mit Indien.

Auf absehbare Zeit werden die sino-amerikanischen Beziehungen durch eine Kombination aus Kooperation, Misstrauen und Rivalität geprägt bleiben. Das Beispiel der seit Nordkoreas Nukleartest von Oktober 2006 stark verbesserten bilateralen Zusammenarbeit in den Sechsparteiengesprächen macht deutlich, dass Washington und Peking im Fall kongruenter Interessen durchaus gemeinsam Gestaltungsmacht ausüben können. Gleichzeitig dürfte sich das Ringen um Einfluss in Ost- und Zentralasien akzentuieren und scheint eine relative Abnahme der amerikanischen Hegemonie im Fernen Osten unvermeidlich. Wirtschaftliche Konflikte – etwa bezüglich des US-Handelsdefizits oder chinesischer Piraterieprodukte – werden auf der Tagesordnung bleiben. Zentraler Streitpunkt jedoch dürfte weiterhin Taiwan sein, das von Peking als abtrünnige Provinz bezeichnet, von Washington seiner Demokratie wegen aber umfassend unterstützt wird. Selbst in diesem gefährlichsten Krisenherd Ostasiens wäre allerdings nur dann eine militärische Konfrontation denkbar, wenn eine der involvierten Parteien den Status quo eigenhändig modifiziert.

Untermirierte westliche Afrikapolitik

Auch auf der globalen Ebene ist China bemüht, sein Verantwortungsbewusstsein als Grossmacht zu demonstrieren. Beispielsweise hat die Volksrepublik im Unosicherheitsrat ihr Vetorecht bisher weniger eingesetzt als die anderen permanenten Mitglieder. Zudem beteiligt sie sich an Uno-Friedensmissionen und hat zuletzt 1000 Soldaten in den Südlibanon entsandt,

wobei das chinesische Engagement insgesamt allerdings noch bescheiden ist. Jüngst hat sich die Führung in Peking auch zur Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung Chinas bekannt, was angesichts der Tatsache, dass das Land bereits in wenigen Jahren die USA als weltgrössten CO₂-Versucher ablösen wird, von globaler Klima- und sicherheitspolitischer Bedeutung ist.

Gleichzeitig verfolgt China aber vor allem ausserhalb des OECD-Raumes häufig eine Politik, die euro-atlantischen Ordnungsbemühungen zuwiderläuft und den westlichen Einfluss in diesen Regionen schmälert. Dabei handelt es sich im Kern nicht um eine bewusste anti-westliche Strategie. Vielmehr resultiert die Diskrepanz hauptsächlich aus Chinas traditionellem Souveränitätsverständnis und seinem strikt befolgten Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie seinem enormen Bedarf an Rohstoffimporten und neuen Absatzmärkten. So buhlt China, dessen Aussenpolitik oft auch Energieversorgungspolitik ist, besonders aktiv um die Gunst rohstoffreicher Entwicklungs- und Schwellenländer. Für diese stellt es eine zunehmend attraktive Alternative zum Westen dar, macht Peking seine Kooperation doch von keinerlei politischen Konditionalitäten wie guter Regierungsführung oder Menschenrechtsschutz abhängig.

Nirgends wird dieser Trend sichtbarer als in Afrika. Seit Jahren betreibt China eine äusserst aktive Afrikapolitik, die durch grosszügige finanzielle und technische Hilfe, rasant wachsende Direktinvestitionen und zahlreiche Energie- und Handelsabkommen geprägt ist. Bereits bezieht die Volksrepublik einen Drittel ihres Öls aus Afrika. Als Angola Auflagen des IWF für weitere Kredite nicht erfüllen wollte, ist Peking für seinen wichtigsten Öllieferanten kurzerhand als Geldgeber eingesprungen. Im Konflikt um Darfur konnte sich die Regierung des Sudan bisher auch deshalb westlichen Forderungen weitgehend entziehen, weil China – Hauptabnehmer des sudanesischen Öls – nicht gewillt war, Druck auf Khartoum aufzusetzen. Auch das vom Westen kritisierte Regime in Simbabwe hat seine Aussenpolitik mittlerweile nach Osten ausgerichtet («Look East») und gar Mandarin zum Schulfach erklärt, nachdem es von China Kredite und Waffen zugesprochen bekam.

Mit dem ersten sino-afrikanischen Gipfel in Peking im November 2006, an dem fast 40 Staats- und Regierungschefs teilnahmen, unterstrichen die Chinesen, dass für sie

Die Schweiz und China

- ▮ **Gute bilaterale Beziehungen**
- ▮ **Die Schweiz hat 1950 als einer der ersten westlichen Staaten die Volksrepublik anerkannt**
- ▮ **Wirtschaft**
 - ▮ Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, z.B. Ausbau des vertraglichen Rahmens der Wirtschaftsbeziehungen, Tourismusförderung, Forschung und Bildung
 - ▮ China ist der wichtigste asiatische Handelspartner der Schweiz
 - ▮ Die Schweiz weist als einer der wenigen westlichen Staaten eine positive Handelsbilanz mit China aus
- ▮ **Aussen- und Sicherheitspolitik**
 - ▮ Kontaktpflege auf Ministerebene (EDA, VBS, EJPD)
 - ▮ Das EDA führt einen Politischen Dialog und einen Menschenrechtsdialog
 - ▮ Punktueller Informations- und Gedankenaustausch auf Arbeitsebene VBS
 - ▮ Sporadische Entsendungen zu Ausbildungskursen (z.B. Genfer Zentren, Symposiumskurs der chinesischen Verteidigungsuniversität)
 - ▮ Die Schweiz hält sich an das EU-Waffenembargo

Afrika von strategischer Relevanz ist. Präsident Hu Jintao hat konsequenterweise auf seiner zweiwöchigen Afrikareise anfangs Februar 2007 eine Verdoppelung der chinesischen Entwicklungshilfe und neue Vorkredite in Aussicht gestellt.

Wachsender Einfluss im Nahen und Mittleren Osten

Auch Chinas Aussenpolitik im Nahen und Mittleren Osten steht im Zeichen seiner wachsenden Energieabhängigkeit. Angesichts der Tatsache, dass Peking beinahe die Hälfte seines Ölbedarfs aus dieser Region importiert, kann es die politischen Entwicklungen in dieser Krisenzone nicht mehr ignorieren. Wie in Afrika ist China hier zu einem begehrten Kooperationspartner geworden und schwächt mit seiner Politik indirekt westliche Ordnungs- und Demokratisierungsbemühungen. Pekings Energieideal mit dem Iran in Höhe von 100 Mrd. US\$ etwa hat vor allem in den USA scharfe Kritik hervorgerufen.

Allerdings wird China gelegentlich geäusserte Hoffnungen in Teheran und der arabischen Welt bezüglich einer islamisch-konfuzianischen Gegenmachtbildung zu den USA enttäuschen. Zwar hat die Volksrepublik ihre Beziehungen zu vielen dieser Staaten ausgebaut und mit dem 2004 gegründeten *China-Arab Cooperation Forum* und Freihandelsverhandlungen mit den Mitgliedern des Golfkooperationsrats ihr Interesse an intensiver Zusammenarbeit unterstrichen. Gleichzeitig pflegt sie jedoch gute, auch militärtechnologische Kooperation umfassende Beziehungen zu Israel und teilt das westliche Interesse an regionaler Stabilität und sicheren Seefahrtsstrassen.

Dass Chinas Politik von Pragmatismus und nicht anti-westlicher Ideologie geprägt ist, widerspiegelt sich in seiner Unterstützung für die von der EU und den USA konzipierte

«Roadmap» zur Lösung des Nahostkonflikts. Der bemerkenswert aktive chinesische Sondergesandte orientiert sich stets nah am Nahostquartett, das Peking wohl gerne zu einem Quintett erweitert sähe.

Europas Suche nach einer Strategie

Ob China dereinst zu einer Supermacht aufsteigen wird, bleibt abzuwarten. Absehbar ist, dass sein regionaler und globaler Einfluss weiter zunimmt. Während in den USA eine kontroverse Debatte über die adäquate Antwort auf die chinesische Herausforderung geführt wird, hat sich Europa bisher nur begrenzt mit der Thematik auseinandergesetzt. Auch wenn die EU sowie einige ihrer Mitgliedstaaten «strategische Partnerschaften» mit China vereinbart haben, betrachten die Europäer die Volksrepublik nach wie vor überwiegend durch eine wirtschaftliche Brille.

Pekings Afrikapolitik scheint nun aber auch in der EU das Bewusstsein zu schärfen, dass Chinas Aufstieg längst nicht mehr nur in Ostasien die strategische Konstellation verändert, sondern auch direkte Auswirkungen auf europäische Interessen in der erweiterten EU-Nachbarschaft haben kann. Jedoch dürfte die Erarbeitung einer gemeinsamen China-Strategie Europa vor grosse Schwierigkeiten stellen, wie der anhaltende Dissens über die Zukunft des seit 1989 geltenden Waffenembargos deutlich macht. Dies nicht zuletzt, weil die USA ein Abweichen der EU von der amerikanischen Chinapolitik befürchten und der Idee einer sino-europäischen Partnerschaft entsprechend misstrauisch gegenüberstehen.

- ▮ Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli analysen@sipo.gess.ethz.ch
- ▮ Bezug und Mailingliste: www.ssn.ethz.ch